

Rathauskorrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl Honay.

Wien, Dienstag, den 13. November 1923.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 13. November 1923.

Bürgermeister Reumann konstatiert die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates und schreitet zur Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates und verliest die Angelobungsordnung. Nach der Angelobung leitet der Bürgermeister die Wahl des neuen Bürgermeisters ein und ersucht die Gemeinderäte Franz Siegel und Hans Waldsam als Skrutatoren zu fungieren. Nach der Durchführung des Skrutinums und der Verfassung des Wahlprotokolles verlautbart der Bürgermeister das Ergebnis der Wahl, nachdem GR. Karl Seitz mit 79 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt erscheint. (Großer Beifall).

Bürgermeister Reumann hält sodann folgende Abschiedsansprachen:
Meine sehr geehrten Frauen und Herren!

Mit der Wahl des Herrn Gemeinderates Karl Seitz zum Bürgermeister hat meine Funktion geendet. Ich trete nunmehr in die Reihe der einfachen Mitarbeiter im Gemeinderate zurück. Ich danke allen gewählten Funktionären aus ganzem Herzen für ihre Mitarbeit und Unterstützung, die Sie mir während der Jahre schwerer Arbeit als ich an der Spitze der Gemeindeverwaltung gestanden bin, stets gewährt haben, insbesondere dem Herrn Vizebürgermeister Emmerling als meinem Stellvertreter, dem Herrn Vizebürgermeister Hoss, den Herrn amtsführenden Stadträten und den Mitgliedern des Stadtsenats überhaupt, dem Herrn Bezirksvorsteher und Bezirksräten, sowie den Herrn Fürsorgeräten. Ich danke aber auch dem Magistrate, seinen Beamten und Angestellten mit dem Herrn Magistratsdirektor Dr. Hartl im Besonderen, ich danke den Beamten und Angestellten der städtischen Unternehmungen mit ihren Herrn Direktoren an der Spitze und der gesamten städtischen Arbeiterschaft für ihre wertvollen Dienste, die sie der Gemeinde Wien geleistet haben. Möge der weitere Wiederaufbau der Gemeinde unter der Leitung eines neuen Bürgermeisters zu einem vollen Erfolg der Verwaltung der Gemeinde Wien führen. Diesen heißen Wunsch hege ich im Interesse der Stadt Wien und seiner Bevölkerung, die ich so sehr liebe. Und nun bitte ich den Herrn Bürgermeister Karl Seitz zu erklären, ob er die auf ihn entfallende Wahl annimmt.

GR. Seitz dankt für das ihm bekundete Vertrauen und erklärt die Wahl anzunehmen. Er setzt fort:

Wenn ich das schwere Amt, zu dem mich der Gemeinderat berufen hat, an trete, so gilt mein erster Gedanke, dem Mann, der in der schwersten Schicksalsstunde, die unserer Vaterstadt beschieden war, dieses Amt angetreten hat und es heute vor der Vollendung seines 70. Lebensjahres zurücklegt: Jakob Reumann. Sein Werk als Bürgermeister und seine ungeheure Arbeit stehen in gigantischer Größe vor unserem Auge. Wir erinnern uns des Zustandes, indem sich Wien damals befunden hat: die furchtbaren Folgen des Krieges, die Zerrüttung des Wirtschaftslebens, Hunger, Not, Krankheit und Elend drohten die Massen des Volkes zur Verzweiflung zu treiben. Die großen Betriebe, das Gas- und das Elektrizitätswerk, die Strassenbahnen standen jeden Tag vor der Gefahr stille stehen zu müssen, ja man fasst damals sogar den Gedanken, diese großen Schöpfungen der Gemeinde einfach gegen Geld preis zu geben. In dem Humanitätsanstalten waren die Vorräte aufgezehrt, keine Wäsche, Instrumente, Medikamente, ja selbst die Kessel und Kochgeschirre beschlagnahmt und in Mordinstrumente umgegossen. Die Kinder, die Kranken, die Greise vom Hungertod bedroht, ihre Sterblichkeit im bisher ungeahnten Maße zunehmend; leere Kassen und Valutaschulden, verwahrloste Schulden, verödete Strassen, verwüstete Anlagen; das Bild des Hinsterbens, nichts nur einer Millionenstadt schlechthin, des Hinsterbens einer der ältesten Kulturstätten des deutschen Volkes, ja der Welt.

Mit fester Hand greift Reumann ein. Gestützt auf eine jahrzehntelange Erfahrung in der Gemeindepolitik, entschlossen, seine ganze Kraft der großen Aufgabe zu widmen, nimmt er das Werk auf.

Unter seiner Führung gelingt es den lang gehegten Wunsch der Bürger Wiens zu erfüllen, die Stadt reichsunmittelbar zu machen. Die Verfassung und die Verwaltungsorganisation werden neu gestaltet, das Volk zur wirksamen Mitarbeit herangezogen, die Humanitätsanstalten werden nicht nur hergestellt, sondern weit über den Friedensstand hinaus musterhaft ausgebaut. Die Schulen, die verwüsteten Strassen und öffentlichen Anlagen wieder Instand gesetzt, die städtischen Betriebe aktiv gestaltet und ihre Ausrüstung vervollkommt. Unter seiner Führung beginnt der wirksame Kampf gegen eine der furchtbarsten Qualen, die der Krieg uns beschieden hat, gegen die Not an Wohnungen. Durch die Neubauten und durch umfassende Investitionsarbeiten wird nicht nur sachlichen Notwendigkeiten Rechnung getragen sondern auch unserem Gewerbe, der Industrie und dem Handel Arbeit und Verdienst gesichert, vor allem tausende Familienväter dem Schrecken der Arbeitslosigkeit entrissen.

Was Reumann in diesen wenigen Jahren vollbracht hat, das könnte unter anderen Verhältnissen das Lebenswerk eines Mannes sein. Die Liebe und Verehrung, die wir Reumann entgegenbringen, vereinigen sich daher mit dem Gefühl inniger Dankbarkeit für all das, was er für unser Wien geleistet hat. Dass er sich entschlossen hat, auch fernerhin, wenn auch in anderer Stellung hier mitzuwirken, berechtigt uns zu der freudigen Hoffnung, daß er uns noch viele Jahre in vollen Schaffenskraft in unserer Mitte erhalten bleibt. (Stürmischer Beifall).

War es in der Zeit Reumanns Aufgabe des Landtages und des Gemeinderates die Verfassung der Stadt zu demokratisieren, ihre Verwaltung aus einer Angelegenheit kleiner Zirkel zur Sache der Volksgesamtheit zu machen, hat der Gemeinderat unter der Führung Reumanns und der Sachkundigen aufopfernden Mitarbeit der ihm beigegebenen amtsführenden Stadträte nicht nur diese Aufgaben erfüllt, sondern auch dem Verfall der Stadt Einhalt geboten, sie aus dem Schutt unter den Trümmern des Krieges befreit und ihren Wiederaufbau nach ganz bestimmten Methoden und politischen Grundsätzen eingeleitet, so hat das Volk von Wien bei der Entscheidung über die Verwaltung des nächsten Lustrum diese Grundsätze und Methoden bekräftigt, und die neuen Sachverwalter der Gemeinde dazu erwählt und berufen, daß sie diesen Grundsätzen gemäß das begonnene Werk fortführen und bis in alle Einzelheiten vollenden. Wir werden also die Verwaltung dieser Stadt auch weiterhin zu führen haben nicht im Interesse einer bevorzugten Klassen, sondern im Interesse der Gesamtheit des arbeitenden Volkes jener Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten, auf deren Wirken und Arbeit die Größe und Entwicklung dieser Stadt beruht. Wir werden sie nicht verwalten im Geiste vergangener Formen menschlichen Zusammenlebens, sondern im Geiste eines aufbauenden und schöpferischen Sozialismus, im Geiste einer Gemeinschaft der Arbeit, der alle Sonderinteressen einzelner Gruppen unterordnet der Entwicklung und der Wohlfahrt der Gesamtheit.

Es liegt der Gedanke nahe, die Frage aufzuwerfen: was versprechen wir uns für die Zukunft? Nun, meine geehrten Frauen und Herren, ich sage es ganz offen. Wir versprechen nichts, als daß wir das begonnene Werk fortführen werden, wir versprechen nichts, als daß wir das, was schon in den letzten Wochen in Aussicht gestellt werden ist auch tun werden, daß wir das große Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien restlos durchzuführen Willens sind (lebhafter Beifall und Händeklatschen), dass wir entschlossen sind, die Verwaltung der Stadtbahn zu übernehmen und

Ihre Elektrifizierung durchzuführen, soferne keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. (Erneuerte lebhafter Beifall und Händeklatschen). Es ist nicht meine Art, bei solchen Anlässen Versprechungen zu machen. Das habe ich immer so gehalten und habe es auch meinen Freunden geraten. Lieber wenig oder nichts versprechen, aber sie leisten. Die Erfahrungen der letzten vier Jahre haben diesen alten Grundsatz aufs neue bekräftigt. Wenn uns jemand im Jahre 1919 hier im Gemeinderate versprochen hätte, daß er in den nächsten vier Jahren, in den vier Jahren nach dem Kriege, in dieser Wirtschaft der Nachkriegszeit die Gemeinde Wien aktiv machen werde - in einer Zeit, in der fast keine Großstadt der Welt aktiv ist - wenn uns jemand versprochen hätte, er werde die Unzahl neuer Wohnungen bauen, die Wasserkräfte in den Ländern erschließen und sie der Stadt Wien dienstbar machen, er werde die Stadt Wien zu dem machen, was sie heute ist, dann hätte man ihn entweder für einen Phantasten oder einen schlimmen Demagogen gehalten. (Lebhafte Zustimmung).

Meine Freunde haben nur versprochen ihre Pflicht zu erfüllen. Ebenso wollen wir es halten. Das, was uns in der nächsten Zeit obliegt, ist in erster Linie Verwaltungsarbeit, die unsere ganze Kraft, die tägliche und stündliche unermüdete Hingabe erfordert, ohne uns die Genugtuung zu bieten, daß wir mit weithin sichtbaren Erfolgen prunken können. Sie wird also in ihrer Fülle nicht gesehener oder nicht beachteter Kleinarbeit zwar nicht lohnend scheinen, aber sie wird lohnend sein, denn sie wird ein neues schönes Wien aufbauen, eine Stadt, die verbildlich zeigen wird, was geleistet werden kann, wenn die Gesamtheit des Volkes zur Verwaltung berufen ist und sie aus eigener Kraft in Freiheit und Unabhängigkeit führen kann.

Das Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit gehört zu den schönsten und edelsten Traditionen der Stadt. Ich stehe nicht an zu erklären, daß mir in dieser Hinsicht auch das Vorbild eines Mannes vorschwebt, der sonst zu meinen schärfsten Gegnern gezählt hat. Vorüber ist die Zeit, in der dem freigewählten Bürgermeister der Stadt von einer absolutistischen Gewalt der Zutritt zu diesem Platz verwehrt worden ist! Vorüber ist die Zeit, in der Vertreter Wiens gezwungen waren, vor den Fenstern der Mächtigen für ihren Bürgermeister zu demonstrieren und sich durch lange Zeit hindurch mit einem Ersatz für den abfinden mußten den sie gewählt hatten: aber es kann nicht bestritten werden - ich erinnere nur an die Erbauung des Krematoriums - daß noch immer Versuche gemacht werden, die Freiheit und Unabhängigkeit der Stadtverwaltung bei der Ausübung ihrer Pflichten im Sinne des Volkswillens einzuschränken.

Die notwendigen Sicherungen gegen alle derartigen Versuche werden nicht nur im Ausbau der Verfassung unserer Republik zu finden sein, sondern vor allem in dem festen und entschlossenen Willen der Bürger und ihrer Vertreter jede Bevormundung zurückzuweisen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Das Entscheidende Problem warin der Nachkriegszeit und wird auch weiterhin bis zur endgültigen Entscheidung über die Verfassung der Republik und ihrer Länder die Ordnung der Finanzwirtschaft sein.

Wie fast in allen Zweigen der Verwaltung mußte die Gemeinde vor allem auf diesem Gebiete ganz neue Wege einschlagen. Die wichtigsten finanziellen Quellen der Verkeirgszeit waren verschüttet: die Hauszinssteuer durch den Mieterschutz und die Geldentwertung, die Ertragnisse der Monopole durch ihr Defizit, die Verzehrungssteuer, weil sie angesichts der Hungersnot eine Frivolität gewesen wäre. Es ist ein unauslöschliches Verdienst des Abtretens des Gemeinderates, insbesondere des bisherigen Finanzreferenten (lebhafter Beifall), daß er trotz der unendlichen Schwierigkeiten keine dieser drei Einnahmelmöglichkeiten benützt hat und daran werden wir unerschütterlich festhalten. Der Mieterschutz muß aufrecht erhalten werden, auch wenn uns dadurch noch so große Einnahmen entgehen. Ja noch mehr, die Gemeinde wird

großzügig alle jene gewaltigen Aufwendungen, die sich aus dem Eintreten der Gemeinde an Stelle der privaten Bautätigkeit ergeben, auf sich nehmen. Die städtischen Monopole werden im Interesse der Bevölkerung ohne Gewinn und lediglich zur Deckung der Selbstkosten und zur Bestreitung der notwendigen Investitionen geführt werden. Wenn die Betriebe alle Kriegsschäden überwunden, ja zumeist einen weit über die Leistungsfähigkeit des Friedens hinausgehenden Aufschwung genommen haben, dafür aber schon seit einer Reihe von Monaten keine Preiserhöhungen mehr vornehmen müssen, vielmehr wie das Gaswerk einen Abbau der Preise vollziehen können, so ist dies eben der Tatsache zuzuschreiben, daß vom ersten Tag an ohne Rücksicht darauf, ob diese Maßnahmen populär waren oder nicht die einzig richtige Tarifpolitik in der Verbindung mit großzügigen Investitionen befolgt und damit die Sanierung in einer Zeit vollzogen wurde, die mit der Inflation zusammenfiel und daher unendlich leichter von der Wirtschaft getragen werden könnte. Was so die Erfahrung bekräftigt hat, wird daher auch künftig zur Richtschnur dienen.

Das früher völlig unbekanntes System von Luxussteuern als Ersatz für die in Wegfall gekommenen Massensteuern hat sich vollkommen bewährt. Ja, es wird angesichts der großen Bauverhaben zu erwägen sein, ob nicht einige dieser Abgaben, z.B. die Hauspersonalabgabe nicht noch eine weitere Erhöhung verträgt. Das Verhältnis zwischen Wien und dem Bund ist besonders in finanziellen Fragen keineswegs ein ungetrübtes. Man versucht nicht selten uns Wiener förmlich als Kostgänger des Bundes hinzustellen. Da müssen wir doch erinnern, daß das Finanzverfassungsgesetz, das die finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden regelt, ebenso wie das Wiederaufbaugesetz von einer Mehrheit des Nationalrates, der man gewiß nicht den Vorwurf übertreibender Sympathie für Wien machen kann, beschlossen worden ist. Diese Gesetze haben daher auf Wien nicht nur begünstigt, sondern benachteiligt. Die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Bundesländer bedingt selbstverständlich eine Verschiedenheit ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Es gibt aktive und passive Länder, und wenn sich die Bundesregierung entschließen könnte genau zu veröffentlichen, welche Steuerbeträge jedes einzelne Bundesland abliefern und welche Beträge es auf Grund des Wiederaufbaugesetzes aus der Bundeskasse bezieht, so würde sich deutlich erweisen, was Wiens Steuerträger für den Bund leisten. Es handelt sich also bei diesen Steueranteilen und bei den übrigens im Jahre 1924 ablaufenden Zuschüssen zum Personalaufwand im Hinblick auf Wien keineswegs um Geschenke des Bundes, zumal wir ja noch überdies auf eine Reihe von Steuerrechten des Landes und der Gemeinde Wien, auf die Zuschläge zu den Erwerbssteuern und zu den Getränkesteuern verachtet, ja unsere Zustimmung zur Aufhebung der Verzehrungssteuer gegeben, die ertragnisreiche und/ausbaufähige Luxuswarenabgabe dem Bunde abgetreten und auf das nie bestrittene Recht, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben, ausdrücklich Verzicht geleistet haben.

Daß der Finanzminister die im Gesetz vorgesehene Verteilung eines Teiles der Ertragnisse der Bankenumsatzsteuer auf die Länder noch immer nicht angenommen hat, bedeutet gleichfalls für Wien einen schweren empfindlichen Entgang an bewilligten Einnahmen, gegen den wir uns, wenn nötig, auch im Rechtswege werden schützen müssen. Wir verlangen nichts, als was uns nach dem Gesetz gebührt. Wenn aber die Durchführung der geltenden Gesetze als eine Begünstigung Wiens erscheinen sollte, so kann für Wien nur festgestellt werden, daß es gegen eine Wiederherstellung des früheren Zustandes nicht den geringsten Einwand erheben wird, weil es durch die Ausübung der Zuschlagsrechte bei Erwerbssteuer, Getränkesteuer und Einkommensteuer durch die Luxuswarenabgabe und Bankenumsatzsteuer durchaus in der Lage sein wird, sich mehr als vollen Ersatz für jenen Anteil zum Personalausweis zu beschaffen die ihm auf Grund der gegenwärtigen Regelung zufließen.

Wir sind keine Krämerseelen, die feilschen wollen. Wir sind uns unserer Pflichten gegenüber der Republik bewusst, deren Bevölkerung zu einem Drittel Wiener sind. Wir wissen, was wir nicht bloß aus ethischen Gründen, sondern auch im wohlverstandenen eigenen Interesse für die Volksgesamtheit zu leisten haben, aber wir sind zu weiser Sparsamkeit verpflichtet und zur Bedachtsamkeit auf all das, was uns gebührt, damit wir jenen großen Aufgaben der Stadt gerecht werden können, deren Erfüllung auch im Interesse der Volksgesamtheit liegt. Und solcher Aufgaben gibt es nicht wenige.

Der ebenso großzügige als notwendige Wohnungsbau, die Verbesserung der Strassen, die Uebernahme der Stadtbahn und deren Elektrifizierung, die Neugestaltung der Strassenreinigung und ihre Oelung und Besprengung, die hygienische Gestaltung der Kehrichtabfuhr, die Verbesserung der Strassenbeleuchtung, die Ausgestaltung unserer Märkte, der Schlacht- und Kühlhäuser und vor allem der Lagerhäuser und hundert andere Verpflichtungen, denen nachzukommen wir entschlossen sind, erfordern ungeheure Mittel. Wir sind nicht nur weit davon entfernt, sie durch Inanspruchnahme der dürftigen Bundesfinanzen zu beschaffen, im Gegenteil, durch eine großzügige Wirtschaftspolitik wollen wir die in Industrie und Gewerbe schaffende Arbeit so erträgnisreich gestalten, daß wir aus eigenem die Mittel aufbringen können. So soll vor allem die Erschliessung der Wasserkräfte, die Elektrifizierung, unserer Industrie die Beschaffung teurer Auslandskohle ersparen. Das kommende Jahr wird die Vellendung des Ybbswerkes bringen. Das Kienberger Wasserleitungswerk ist im besten Zuge und durch den Abschluß mit Oberösterreich wird die entsprechende Ausnützung der Fernleitung gewährleistet werden. Wir werden dadurch 70% unseres heutigen Bedarfes an Energie aus inländischen Kraftquellen schöpfen.

Ein anderer großer Gedanke der Industrieförderung, der in den letzten Wochen lebendig geworden ist, ist der Gedanke, Wien ^{zu einem} internationalen Freihafen im Zentrum Europas zu gestalten. Die Ergebnisse, die von der Gemeinde veranstalteten Enquete legen und die Pflicht auf, dieses Projekt, das unser ^{er} Industrie ganz neue Ausblicke eröffnet, auf das wohlwollenste zu erwägen.

Auch das Wiener Gewerbe heischt mit Recht eine ausreichende Förderung seiner Interessen. Je leistungsfähiger es wird, desto mehr werden wir der Sorge entledigt werden, die uns die Berufswahl der heranwachsenden Jugend auflegt. Unsere Jugend soll zum großen Teil der Träger eines leistungsfähigen blühenden Gewerbes werden, weshalb die fortschreitende Ausgestaltung der gewerblichen Fortbildungsschulen eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinde sein wird. Ich hoffe, daß schon demnächst mit dem Bau eines großen neuen Fortbildungsschulhauses begonnen werden kann und daß der empfindliche Mangel des notwendigen Werkstättenmaterials in den Lehrwerkstätten bald beseitigt werden kann.

Wir werden auch die Wiener Messe fördern, deren Bedeutung ich wohl nicht zu würdigen habe, deren Propagandatätigkeit durch die Gemeindegeldsubventionen per 400 Millionen Kronen wesentlich gefördert wurde und die hoffentlich eine ständige Institution im Bilde des Wirtschaftslebens der Stadt bleiben wird.

In diesem Zusammenhang darf ich auch nicht des Fremdenverkehrs vergessen. Unsere Stadt ist wie keine durch ihre Lage geeignet, ein Mittelpunkt des Handels und Geldverkehrs für weite Gebiete Europas zu sein. Die Schönheit dieser Stadt, ihre Kunstschatze, ihr Ruf als Musikstadt und der Ruhm der Wiener medizinischen Schule, nicht zuletzt der liebenswürdige friedliche Charakter und das internationale Wesens unseres Volkes haben Wien zur Fremdenstadt geradezu berufen. Darin liegt

auch ein Stück unserer Zukunft und ich hoffe, daß der Gemeinderat uns die Mittel bewilligen wird, deren wir zu den gemeinsam mit der österreichischen Verkehrswerbungsgesellschaft unternommenen Aktionen bedürfen.

In dem Maße, in dem die Gemeinde der Industrie, dem Gewerbe und dem Handel Arbeitsmöglichkeiten eröffnet, führt sie den Kampf gegen das schreckliche Gespenst der Arbeitslosigkeit, der Tausende ihrer Bürger fast zur Verzweiflung treibt. Es ist nicht nur ein Gebot aller, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Interessen der Arbeiterschaft zu verteidigen, sondern es ist ein Gebot der Menschlichkeit das fürchterliche Gespenst der Arbeitslosigkeit endlich zu bannen, das geeignet ist unser Volk zu demoralisieren, unsere Jugend zu vernichten und damit unsere Zukunft zu verschütten. Der Mann der Arbeit verzichtet auf den Bettel der Arbeitslosenunterstützung. Lebhafter Beifall. Er will arbeiten. Dem Mann der Arbeit in der Vollkraft seiner Jahre die Möglichkeit zu bieten durch ausreichenden Verdienst Frau und Kind erhalten zu können, ist eine unserer ersten Pflichten. Es werden leider noch immer Tausende und Abertausende zurückzubleiben, der Lebenshaltung aus öffentlichen Mitteln best ritten werden muss. Elterlose Kinder, Kranke, Arbeitsunfähige, Greise. Die Leistungen der Gemeinde auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege sind allgemein bekannt. Wir haben schon ein dichtes Netz von Fürsorgern und Fürsorgeanstalten, die unsere Bedürftigen, vom Säuglings- bis zum Greisenalter betreuen. War die Fürsorgearbeit der letzten Jahre vor allem eine schöpferische und extensive, so wird die nächsten Jahre vor allem eine intensive sein. Was die Gemeinde in ihren Wirkungskreis noch nicht einbezogen hat das sind die Krankenhäuser, die Fondsanstalten, die bis zum Jahre 1919 vom Statthalter verwaltet worden sind, die daher jetzt der Bürgermeister zu verwalten hätte, die aber in jener schweren Zeit im Interesse einer raschen Kreditbeschaffung an das Volksgesundheitsamt abgegeben worden sind. Heute ist die Situation gerade umgekehrt. Heute wäre die Bewirtschaftung der Fondsanstalten durch das Land Wien weit einfacher. Das Krankenhausgesetz verpflichtet das Land Wien fünf Achtel des Aufwandes zu bezahlen, während der Bund nur drei Achtel bezahlt. So wie in allen anderen Ländern wird daher auch in Wien die Selbstverwaltung ein Gebot wirtschaftlicher und verwaltungstechnischer Notwendigkeit und vor allem kluger Sparsamkeit sein. Wenn man die Kliniken in Bundesverwaltung belassen will, so ist dagegen nichts einzuwenden. Die Gemeinde Wien hat sich schon vor einem halben Jahre dem Bunde verpflichtet, 18 Milliarden jährlich durch die Verwaltung der Fondsanstalten zu ersparen und dies in einem ausführlichen Schreiben des Bürgermeisters begründet. Es wird nunmehr meine Pflicht sein, diesen Gegenstand weiter zu verfolgen, zumal die Lösung dieser Frage im Sinne Wiens zugleich eine sehr wirksame Maßregel zur Sanierung der Bundesfinanzen wäre. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge wird die Gemeinde demnächst daran gehen auch Jugendhorte zu errichten und dadurch die Kinder in der Schulfreien Zeit in ihre Obhut zu nehmen und sie der Strasse und damit der körperlichen, geistigen und moralischen Verwahrlosung zu entziehen. Ein Stand von Fürsorgern, die in eigenen Schulen der Gemeinden herangebildet werden sollen, wird die Erziehung in den Herten leiten. Was immer aber der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte im Auftrage des Gemeinderats unternommen werden, es kann nur gelingen, wenn wir der freudigen und aufopfernden Mitarbeit der Angestellten und Arbeiter sicher sind. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Wien, gleichgültig, ob sie in den Büros oder in den Betrieben geistige oder manuelle Arbeit leisten, wissen, wie hoch wir ihre Arbeit schätzen. Das hat die Gemeinde bekundet in der Neugestaltung ihrer Rechtsstellung

4

und in der wohlwollenden, allerdings immer mit den finanziellen Mitteln in Einklang zu bringenden Erhöhung ihrer Bezüge. Ich hoffe, daß das gute Verhältnis, das immer zwischen dem Bürgermeister und den Amtsführenden einesteils und den Beamten, Angestellten und Arbeitern anderenteils bestanden hat, auch fernerhin fort dauern wird. (Lebhafter Beifall.)

Ein Stolz uns alter Wiener war von jeher unsere leistungsfähige und mutige Feuerwehr. Dass diese Männer in der schweren Nachkriegszeit ihre Schulfertigkeit und Leistungsfähigkeit bewahrt und dadurch für die Sicherheit der Bürger und zu ihrer Beruhigung so viel geleistet haben, werden wir ihnen immer danken. Es wird aber auch unsere Pflicht sein, ihnen ihre schwer aufopferungsvolle Berufsarbeit durch Vervollkommnung der Ausrüstung, durch Einstellung und Vermehrung moderner Geräte, und insbesondere durch die Automobilisierung zu erleichtern, damit sie mit Freude und Lust ihren schweren Amt obliegen.

Im Rettungs Dienst und insbesondere am Donau-Uferschutz hat sich auch die Wiener Polizeimannschaft glänzend bewährt und manches Menschenleben dankt wir ihrem Mut und ihrer männlichen Entschlossenheit. Die Beschlüsse des Bürgermeisters, des Landes Wien und der Gemeinde zur Polizei sind derzeit unklar.

Nach der Verfassung obliegt der Gemeinde eine Fülle von Aufgaben polizeilicher Art, deren viele derzeit nicht von unseren Beamten, sondern von Bundesangestellten versehen werden. Wie in vielen anderen Fällen wird es also auch hier notwendig sein, für die Durchführung der Bestimmungen unserer Verfassung zu sorgen.

Zur Zeit der Monarchie ist die Polizei den Bürgern der Stadt nicht immer sympathisch gewesen und es kann nicht bestritten werden, daß das Witzwort „Zaruck“, seinen gewissem Sinn hatte. Die Polizei war Werkzeug für absolutistischen Gewalt und ihr aufziehender Arm für jene berüchtigte kaiserliche Verordnung, die als Prügelpatent bekannt ist.

Umso mehr verdienen jene Organe und Beamten des Polizeikörpers unsere Anerkennung, die sich in die neuen Verhältnisse einzufinden gewusst haben. Sie haben erkannt, daß der Beamte in der Republik das Instrument des demokratischen Volkswillens ist und daß sie vor allem bestimmt sind, zum Schutz der Person und der Rechte des Bürgers gegen eine drohende Gewalt auch zur Aufrechterhaltung des Verkehrs zur Rettung von Menschenleben aus der Gefahr, vor allem aber zum Schutz der Republik und der Verfassung gegen jeden feindlichen, reaktionären Angriff. Hoffen wir, daß sich bald alle Glieder des Polizeidienstes dem Geist der Zeit angepasst haben werden und daß sich diese Anpassung im selben Maße vollziehen und vollenden wird, in dem die Betroffenen erkennen, daß sie in der Monarchie willenslose Sklaven der herrschenden Gewalt, heute freie Beamte der Republik mit bestimmt abgegrenzten Vollmachten sind, aber auch Staatsbürger vollen Rechtes, die in der Lage sind, im Wege ihrer Organisation und ihrer Ständevertretung nicht nur ihre Berufsinteressen, sondern auch ihre Menschenwürde, und das Wohl ihrer Familie zu wahren.

Der Bürgermeister ist nach unserer Verfassung auch Präsident des Stadtschulrates, jener Körperschaft, der alle Schul- und Erziehungsanstalten mit Ausnahme der Hochschulen und einiger weniger Spezialschulen unterstellt sind. Die Leistungen der Wiener Schulverwaltung sind in Fachkreisen als Mustergültig bekannt. Unsere Stadt gilt geradezu als der Ausgangspunkt jener großen modernen Bewegung auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichtes, die man unter dem Sammelnamen Schulreform zusammenfasst. Durch die Erneuerung der Grundschule im Sinne der Arbeits- und Heimatschule durch die Konzentration des Unterrichts und durch die Reform der Schulbuchliteratur hat das pädagogische Wien ganz neue Bahnen erschlossen. Die versuchsweise Einführung der sogenann-

ten allgemeinen Mittelschule ist der Beginn einer umfassenden Reform dieser Kategorie von Lehranstalten. Das pädagogische Institut zur Fortbildung der Lehrer, insbesondere die experimentell-psychologische Abteilung und die pädagogische Zentralbibliothek haben der Gemeinde viele finanzielle Lasten auferlegt. Aber ich bin versichert, daß wir sie auch weiterhin tragen werden, weil wir uns der großen Bedeutung der Lehrerbildung für die Erziehung unserer Kinder bewusst sind. Ein neuer Geist ist in unsere Schulstuben eingezogen. Die Arbeitsfreudigkeit der Lehrer hat die Arbeitslust der Kinder geweckt. Wir blicken mit Stolz auf unsere leistungsfähigen Schulen und wir freuen uns, daß die Eltern diese Schule nicht mehr als einen Fremdkörper betrachten, sondern daß sie selbst in die Schule eingedrungen sind, um sie in der Form der Elternräte zu fördern und zu unterstützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Für die Zukunft unserer Kinder zu wirken, ist nicht nur Erfüllung der üblichen Pflicht, die jeder Generation obliegt, Nachdem, was uns das Schicksal der letzten zehn Jahre beschieden hat, fällt unserem Zeitalter hierin eine ganz besondere Aufgabe zu.

Das Los derer, die die Mitte des Lebens überschritten haben, ist Resignation, aber diese Resignation ist nicht Hoffnungslosigkeit, der Starke hilft immer, wenn nicht für sich so für sein Kind und aus dieser Hoffnung quillt die Kraft und die Entschlossenheit, unsere Jugend physisch, geistig und moralisch kampffähig zu machen, auf dass sie in teure, Festhalten an den guten Traditionen der Stadt ihre Entwicklung im Sinne des Fortschrittes, moderner Wirtschaft und Volkswohlfohrt fördert.

Wenn man nicht selten die Ansicht vertreten hört, daß Wiens Größe begründet war in seiner Eigenschaft als Sitz eines kaiserlichen Hofes oder als Sitz der Zentralstellen und der Militärgewalt eines grossen Staates, so hat die Entwicklung der letzten fünf Jahre gezeigt, daß Wien auch ohne all das wirtschaftlich bestehen kann auf eigener Kraft, als die Stadt einer großen Industrie eines regen, feinen künstlerischen Erwerbs, als die Stadt eines blühenden Handels. Im jahrhundertlangen Entwicklung ist Wien das geworden, was es heute ist und immer sein wird, das Verbindungster des Verkehrs zwischen dem Westen Europas und dem Osten.

Unsere Stadt wird aber nicht nur bestehen als ein Wirtschaftszentrum, sondern auch als eine der ersten und ehrwürdigsten Stätten deutscher Kultur und europäischer Zivilisation.

Dem Wiener Bürger, der tagsüber in Fleiss und Regsamkeit dem Erwerb nachgeht, sind seine Feierstunden nicht Stufen des Manentums und des rohen Genusses. Er pflegt mit Liebe und Treue die übernommenen Schätze der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur und der Musik, und der Wiener Arbeiter, so emsig er auch wirkt und schafft, er ist kein Arbeitssklave, er ist in seinen Musestunden der rege Geist, der in Streben nach Bildung und Schönheit seine Persönlichkeit zur Entfaltung bringt und sich so die Waffen schafft, zum Kampf für seine hohen Ziele für die Freiheit und die Unabhängigkeit seiner Klasse.

So soll diese Stadt auch künftighin ihren Ruhm wahren als Zentrum des europäischen Handels aber auch als ein Zentrum der deutschen Kultur, Kunst und Wissenschaft.

Die Gewalt der Waffen scheidet
 Drutschösterreich und seine Hauptstadt von dem grossen Reich
 der deutschen Nation. Aber ist auch Deutschland in Not und
 Bedürfnis, von eingedrungenen Fremdlingen vergewaltigt, ja selbst
 von inneren Feinden bedroht, liegt auch Deutschlands Wirtschaft
 darnieder und darbt sein Volk in Hunger und Elend, so fühlen
 wir uns dennoch eins mit ihm. Sein Unglück kann unsere Gefühle
 der Einheit und Solidarität nur stärken. (Stürmischer Beifall)
 Man kann Grenzsteine zwischen uns setzen, aber man kann nicht
 zerreissen, was uns mit ihm unaufhörlich verknüpft; das Band
 deutscher Kultur, deutscher Wissenschaft, deutscher Kunst
 und deutschen Volkstums! Man wird in unseren Herzen nicht er-
 sticken die Sehnsucht nach der Vereinigung, die Hoffnung, dass
 sie kommen wird, die Zuversicht, dass auch wir eingereiht werden
 unter die Bürger des deutschen Staates; es wird in uns nicht getö-
 tet werden, der unerschütterliche Glaube daran, dass aus Not
 und Tod und Krieg, der da heute noch for dauert, einst auf-
 stehen wird, die grosse deutsche Republik, stürmischer Beifall,
 die Republik der Arbeit, der Wissenschaft und der deutschen
 Kultur.

So wollen wir denn an die Arbeit gehen und ich erbitte
 mir nur noch die persönlich ein Wort sagen zu dürfen.

Gewiss, der Stadt Wien zu dienen ist und allen nicht nur
 Pflicht, sondern Freude; aber mich persönlich drängt es,
 offen zu sagen, für mich ist dieser Tag einer der schönsten
 meines Lebens, an dem ich berufen werde, der Stadt zu dienen,
 die die Stadt meiner Väter ist, deren Scholle meine Urväter in
 harter Arbeit die köstliche Frucht abgerungen haben, der Stadt
 die mir Vaterstadt in anderem Sinne des Wortes ist, weil sie
 mich in meiner Kindheit an Vaters Statt betraut und erzogen hat.

Es war der Traum meiner Jugend selbstverständlich
 nicht als Bürgermeister, sondern in irgend einer bescheidenen
 Stellung meiner Vaterstadt denken zu können, indem ich ihr
 diene; zum Bürgermeister berufen, will ich mit allen Kräften, die
 mir zu Gebote stehen, in Liebe und Treue, die Dankeschuld abtra-
 gen. Ich bitte Sie alle mich in dieser schweren Arbeit zu unter-
 stützen, zum Besten unserer Vaterstadt, im Interesse ihrer
 Aufwärtsentwicklung, im Interesse ihrer Zukunft und der Zukunft
 unserer Kinder. Lebhafter Beifall und Händeklatschen.

Der neu gewählte Bürgermeister übernimmt nun den
 Vorsitz. Die Mehrheit des Gemeinderates erhebt sich und bricht
 in stürmischen Beifall aus, in dem die Galerie mit einstimmt.

Gemeinderat Haider (christlichsozial): die Galerie
 applaudiert (auf einen Galleriebesucherweisend) der
 ausgefressene Proletarier applaudiert am stärksten!

Lärm und zahlreiche Zwischenrufe bei den Christ-
 lichsozialen. G.R. Untermüller (christlichsozial) ruft: so a-
 blader Jud!

Die Majorität bricht in neuerlichen stürmischen
 Beifall aus, die Galleriebesucher applaudieren mit und rufen
 hoch die Republik! Hoch Seitz!

Bürgermeister Seitz spricht sodann die vorgeschriebene
 Gelübnisformel.

Der Bürgermeister erklärt hierauf, dass G.R. Kunschak
 sich das Wort erbeten habe.

G.R. Kunschak (christlichsozial): einleitend will ich
 dem persönlichen Gruss dem scheidenden Bürgermeister übermitteln.
 Wir haben als Opposition mit ihm wiederholt die Klinge gekreuzt
 und es hat schwere Gegensätze zwischen ihm und uns gegeben. In

einen aber konnten wir uns mit dem Bürgermeister finden. Er war ein
 Mann, der Verständnis hatte, für die Aufgaben und die besondere
 Stellung der Opposition in diesem Saale. Und er war als Mensch
 nicht fernab von dem, was menschliche Gefühle diktieren, über die
 politischen Gegensätze hinweg. In diesem Sinne danken auch wir
 dem scheidenden Bürgermeister und begrüssen ihn in unsere Mitte
 als weiteren Mitarbeiter am Wohle der Gemeinde (lebhafter Bei-
 fall bei den Christlichsozialen). Als im Jahre 1919 wir in diesen
 Saal einzogen, da hatte sich eine tiefgreifende Verschiebung in den
 Machtverhältnissen vollzogen. Unsere früher herrschende Partei war
 die Minderheit und die frühere Minderheit zur herrschenden Partei
 geworden. Wir haben damals uns mit diesem Votum der Wählerschaft
 abgefunden und daraus nur abgeleitet, dass die Verantwortung für
 das Schicksal dieser Stadt nicht allein mehr auf unseren Schultern
 ruht, sondern im weit grösseren Umfange auf der neuen Majorität, das
 wir aber daraus nicht das Recht ableiten dürfen, uns der Arbeit
 im Gemeinderate zu entziehen, sondern verpflichtet sind, unsere
 ganze Kraft aufzuwenden, dem Wohle der Bevölkerung dieser Stadt zu
 dienen. Wir haben diese unsere Erkenntnis offen zum Ausdruck ge-
 bracht, mit der einen Einschränkung, dass diese Mitwirkung nicht
 allein von unserem Willen, sondern vom Verhalten der Majorität dik-
 tiert werde. Wenn es nun in diesem Saale nicht immer so zu gegangen
 ist, wie es jeder Anhänger der Demokratie wünschen mag, haben wir
 hierfür die Verantwortung nicht zu tragen. Das berechtigt uns aber
 jetzt, am Beginn eines neuen Arbeitsabschnittes der Hoffnung Ausdrück
 zu geben, dass künftighin die Arbeitsleistung hier sich in Formen
 vollziehen kann, dass die Öffentlichkeit nicht Anlass zur
 Kritik haben werde sondern sich auswirken möge in einem
 einheitlichen Lob auf das Recht der Selbstverwaltung. Der Wiener
 Gemeinderat müsste jener Stelle Dank sagen, die der Stadt Wien
 zu einer so gewaltigen Macht verholfen hat, das ist der österrei-
 chische Nationalrat. Ich hätte gewünscht, dass der neue Herr
 Bürgermeister einen allgemeineren seiner neuen Stellung mehr
 entsprechenden Standpunkt beobachtet hätte. Er hat heute, wenn
 auch das Wort Partei nicht gebraucht wurde, sich als das Vollzugs-
 organ der Mehrheit dieses Hauses vorgestellt, während wir doch
 der Meinung sind, dass der Bürgermeister über den Parteien zu
 stehen hat und ebenso mit willigen Ohr, als auch gutem Willen dem
 folgen muss, was die Minderheit der Mehrheit vorträgt. Wenn ich das
 sag, geschieht es nur in der Form einer kritischen Note. Und ist
 nicht so zu verstehen, als ob die Minorität ihre Visitkarte abgeben
 und sich eine wohlwillendere Behandlung erbitten würde. Wir stehen
 hier auf Grund eines Votums der Wiener Wähler und sind verpflichtet
 die Wünsche jener Wähler zu vertreten, die uns hierher gesendet
 haben. Wir werden von unserem Recht den zulässigen parlamentarischen
 Gebrauch machen und uns darin nicht beirren lassen, durch Gunst
 oder Ungunst der herrschenden Partei. Als Vertreter eines grossen
 Teiles der wien. Bevölkerung erblicken wir hier selbstverständlich
 unsere Aufgabe nicht in der Schaffung parteipolitischer Vorteile,
 sondern eben nur in der Schaffung günstiger Leistungen für die
 Bevölkerung und für die Stadt. Wir wollen positive Arbeit leisten
 im Sinne unseres Programms und unserer Grundsätze aber nicht
 für die Partei, sondern für Wien und seine Bevölkerung. Wir
 wissen, dass unsere Verantwortung doch auch eine grosse ist aus
 der Vergangenheit unserer Tätigkeit im Wiener Gemeinderat und
 aus den Schöpfungen heraus, die unsere Partei für die Stadt ge-
 leistet hat.

Wir können und müssen mit Freude und Nachdruck konstatieren, dass so schwer die Heimsuchungen und Prüfungen gewesen sein mögen, die über die Stadt gekommen sind, diese nur überwunden werden können, weil dem grossen Organismus dieser Stadt gesundes Leben inne wohnt, ein Leben, das im Stande war, die schweren Krankheitskeime aus dem Körper auszuscheiden, ihn wieder zur vollen Gesundheit zu bringen. Wenn der Herr Bürgermeister sich auf die Sanierung der Stadt berufen hat, so ist das sicher nur möglich gewesen, wenn die Grundlagen und äusseren Formen schon gegeben waren. Man brauchte sie nur wirksam zu machen. Und man hatte den Apparat in den Händen, der die Gewähr dafür bot, dass die Stadt wieder aus den Schwierigkeiten herauskommt. Die Gemeinde muss es dankbar begrüessen, dass es in Oesterreich gelungen ist, das grösste Hindernis jeder Finanzgebarung und Besserstellung, die Noteninflation zu beseitigen und die Stabilisierung unserer Währung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Wir verzeichnen diese Tatsache als Unterpfand dafür, dass es auch in Zukunft möglich sein werde, eine aufbauende Politik zu leisten. Was uns zufallen wird, werden wir getreulich mit Liebe und Hingabe erfüllen. Wir werden uns stets vor Augen halten, dass das Wien von heute ein Ergebnis der Fortschritte der christlich-deutschen Kultur ist und ein Zentrum dieser christlich-deutschen Kultur bleiben muss. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Bürgermeister Seitz: Herr Gemeinderat Kunsch hat seiner Erklärung einige polemische Bemerkungen eingefügt. Ich glaube es würde dem Sinne der Vereinbarungen der Parteien über den förmlichen Vorgang der heutigen Sitzung widersprechen, wenn ich jetzt eine Debatte darüber eröffnete. Ich muss daher denjenigen gegen die er polemisiert hat, es überlassen in einem späteren Zeitpunkte auf diesen Gegenstand zurückzukommen. Was die Polemik gegen mich anlangt, darf ich auch die Hoffnung hegen, dem Herrn Redner in einem geeigneteren Zeitpunkte Antworten zu können. Ich hoffe ihn dann auch überzeugen zu können, dass es verfassungsrechtlich Unterschiede gibt, zwischen jenen Funktionen des Bürgermeisters, in denen er in Anwendung des Gesetzes und der bestehenden Normen handelt und jenen Funktionen, in denen er ein Vollzugsorgan des Volkswillens nach demokratischen Grundsätzen ist, (Heiterkeit und sehr gut! bei der Mehrheit).

Es wird hierauf die Sitzung unterbrochen, damit der neugewählte Stadtsenat die amtsführenden Stadträte und die vom Stadtsenat in den Stadtschulrat zu entsendenden Mitglieder wähle. Nach einer ungefähr viertelstündigen Unterbrechung erklärt Bürgermeister Seitz, dass der Stadtsenat die Gemeinderäte Speiser, Breitner, Tandler, Weber, Siegel, Kokrda, Richter und Emmerling als amtsführende Stadträte gewählt habe. Der Gemeinderat bestätigt hierauf diese Wahl und es werden auch die Mitglieder für die acht Gemeinderatsausschüsse gewählt. Der Gemeinderat wählt hierauf zu Vizebürgermeistern Emmerling (Sozialdemokrat) und Hoss (christlichsozial). Ausserdem wählt der Gemeinderat noch neun Mitglieder als Schriftführer und zu Vorsitzenden Bgm. Seitz, VB. Hoss, die GR. Schorzech, Marie Bock, Weigl (Soz. Dem.) und Marie Wielsch (chr. soz.). Es wird dann noch die Wahl der Mitglieder für den Stadtschulrat, Fortbildungsschulrat, die Personalkommissionen, für das Disziplinarkollegium und für verschiedene andere Körperschaften vorgenommen, worauf Bgm. Seitz die Sitzung schliesst.

Wiener Gemeinderat als Landtag.

Sitzung vom 13. November 1923.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß nach dem neu konstituierten Gemeinderat sich auch der Landtag konstituieren werde.

Es wird hierauf zur Wahl der drei Landtagspräsidenten geschritten. Nach einem Antrag des GR. Hofbauer (Soz. Dem.) wird beschlossen, die Wahl nicht mittels Stimmzettel sondern durch Erheben der Hände vorzunehmen. Es werden hierauf zum ^{ersten} Präsidenten des Landtages Dr. Robert Danneberg (Soz. Dem.), zum zweiten Präsidenten Franz Zimmerl (chr. soz.) und zum dritten Präsidenten Josef Hellmann (Soz. Dem.) gewählt. Eine Wahl von Schriftführern entfällt.

Der Landtag wählt sodann die von der Bundeshauptstadt Wien in den Bundesrat zu entsendenden zwölf Mitglieder. Nach dem Sozialdemokratischen Wahlvorschlag werden gewählt: Hugo Breitner, Georg Emmerling, Professor Dr. Hartmann, Max Klein, Rudolf Müller, Jakob Reumann, Therese Schliesinger, Paul Speiser. Nach dem christlichsozialen Wahlvorschlag werden in den Bundesrat entsendet: Franz Breuer, Franz Haider, Dr. Franz Hämala und Dr. Berta Pichl.

Sodann werden neun Mitglieder des Immunitätskollegiums, drei Mitglieder der Kommission für Wien bei der Heersverwaltungsstelle, drei Mitglieder der Liquidierungskommission für die niederösterreichische Landeshypothekenanstalt, ein Mitglied für das Kuratorium des Kriegsgeschädigtenfonds und ein Vertreter des Landtages in die Verbandsleitung der genossenschaftlichen Fortbildungsschulen gewählt, worauf Präsident Dr. Danneberg die Sitzung schliesst.

Verabschiedung der städtischen Beamten von Bürgermeister Reumann

Samstag verabschiedeten sich die Leitenden Beamten des Magistrates und die Direktoren der städtischen Unternehmungen unter Führung des Magistratsdirektors Dr. Hartl von Bürgermeister Reumann. Der Magistratsdirektor gedachte in seiner Ansprache der Entwicklung der Gemeindeverwaltung seit dem Jahre 1919 und dankte dem Bürgermeister für das stets bewiesene Verständnis gegenüber den berechtigten Wünschen des Personales, sowie für das gute Einvernehmen mit den leitenden Beamten. Bürgermeister Reumann würdigte die Mitarbeit der städtischen Beamten und Angestellten in den schwierigen Lagen, in denen sich die Stadt befunden hat, sowie beim Wiederaufbau und beauftragte die Erschienenen diesen Dank sämtlichen Angestellten zur Kenntnis zu bringen.